



KOMMUNEN ALS KÜMMERER – AUCH ZUR DIGITALISIERUNG IN DER GESUNDHEITSVERSORGUNG

Digitalisierung des Gesundheitswesens wird oft von Arztpraxen oder Krankenhäusern her gedacht. Doch das reicht nicht. Gerade in ländlichen Regionen und im Pflegekontext geben zunehmend auch die Kommunen Versorgungsimpulse – einschließlich Digitalisierung. Neue Förderprogramme machen das kommunale Versorgungsengagement jetzt leichter.

TEXT: CHRISTINE BECKER

Es geschieht in der Regel nicht freiwillig, dass sich Bürgermeister:innen um den Einsatz digitaler Technologien in den Praxen und Pflegeheimen ihrer Stadt bemühen. Die Gesundheitsversorgung gehört nicht zu den gesetzlichen Pflichtaufgaben für Kommunen. Immer mehr Bürgermeister:innen übernehmen notgedrungen die Aufgabe, die Infrastruktur für eine zukunftsgemäße medizinische Versorgung vor Ort zu unterstützen. Zahlreiche Kommunen investieren selbst in Gebäude, um Ärzt*innen zu halten oder zu finden. Zur Infrastruktur gehören aber zunehmend auch die digitalen Technologien.

Ein Beispiel: Die Leiterin eines ambulanten Pflegedienstes bittet ihren Bürgermeister im nächsten Amtsblatt zu vermelden, dass der Pflegedienst aus Personalmangel keine weiteren Patient:innen mehr aufnehmen kann. Im Gespräch mit ihr wird ihm deutlich, dass die Pflegekräfte viel Zeitverlust und unbezahlten Aufwand haben, wenn sie wegen falsch ausgestellter Rezepte in die Arztpraxen fahren und dort dann manchmal eine Viertelstunde auf die korrekten Formulare warten müssen. Derselbe Bürgermeister erfährt bei der Geburtstagsfeier einer hochbetagten Jubilarin, dass das gesetzlich verbriefte Recht auf ein definiertes Entlassmanagement in der Realität nicht umgesetzt wird. So kommt eins zum anderen, und irgendwann beschließt der Bürgermeister, diesen Sachverhalt auf den Grund zu gehen.

Eine hochwertige wohnortnahe Gesundheitsversorgung ist eine wesentliche Säule für die Lebensqualität einer Kommune; nebenbei: auch für die Standortattraktivität von Unternehmen. Natürlich spielt dabei die ambulante ärztliche Versorgung die zentrale Rolle, und die Probleme bei der Nachbesetzung freiwerdender Hausarztstühle fordern die Kreativität

und viel Vermögen der Kommunalpolitik. Bei der Entwicklung eigener Lösungsangebote will sich kein Bürgermeister und keine Bürgermeisterin in Diagnosen und Behandlungen einmischen, keineswegs wollen sie ihrer Kassenärztlichen Vereinigung in die Quere kommen und schon gar mit Krankenkassen verhandeln müssen.

Aber einige der Bürgermeister:innen und Landrät:innen haben verstanden, dass sie sich nicht nur um die freiwerdende Arztstühle, sondern auch um die Digitalisierung in der Gesundheitsversorgung vor Ort kümmern müssen, damit die noch vorhandenen Ärzt*innen und Fachkräfte in anderen Gesundheitsberufen besser miteinander arbeiten können. In vielen Regionen, in denen Kommunen aktiv werden, gibt es kein professionelles Ärztenetz, und die Zusammenarbeit mit dem Krankenhaus im Hinblick auf die Entwicklung von Lösungen, die für alle Versorgungspartner gut sind, lässt auch häufig zu wünschen übrig. Hinzu kommt, dass die Kommunen dem öffentlichen Interesse und dem Gemeinwohl und den Bürger:inneninteressen verpflichtet sind, Sie müssen daher darauf achten, dass sie sich weder vor den Karren standespolitischer Interessenwahrer spannen lassen noch zur Wettbewerbsverzerrung beitragen.

DIGITALISIERUNG ERFASSEN UND DIGITALKOMPETENZ ERHÖHEN

Ein empfehlenswerter Ansatz kann daher sein, die Digitalkompetenz an der Basis zu fördern, und zwar sowohl die der Ärzteschaft und der Pflegeberufe als auch die der Bevölkerung. Außerdem scheint es notwendig, den Digitalisierungsgrad von Arztpraxen, Krankenhaus, Pflegeheimen und Pflegediensten zumindest zu erfassen. Die Breitband- und Glasfaserversorgung ist dabei ein Aspekt, aber nicht der wesentliche. In einer Region wie der vom regionalen Amt für Ländliche Entwicklung geförderten „Odenwald-

Allianz“ (www.odewald-allianz.de), einem Verbund von sieben Kommunen im südlichen Teil des Landkreises Miltenberg in Unterfranken/Bayern, angrenzend an die Metropolregionen Rhein-Main und Rhein-Neckar, profitieren ein großes Pflegeheim und ein Kreisverband der ambulanten Pflege mit sieben Sozialstationen von einem durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) geförderten und Ende 2020 abgeschlossenen Projekt zum Einsatz digitaler Technologien in der Altenpflege. In dem Projekt „PFL-EX“ (www.pfl-ex.de) wurde wichtige Basisarbeit geleistet, indem Sichtweise, Bedürfnisse und Möglichkeiten von Pflegekräften eingenommen bzw. berücksichtigt wurden. In der ersten Welle der Corona-Pandemie konnten die Hausärzt:innen dieser Region dann schnell und ohne großen Aufwand davon ausgehen, dass die Pflegekräfte auch für Videosprechstunden qualifiziert und ausgerüstet sind. Und die Angehörigen konnten trotz Besuchsverbots mit den Bewohner*innen in den Pflegeheimen per Videotelefonie Kontakt halten, weil die Pflege- und Assistenzkräfte schon die souveräne Nutzung der Technologien gewohnt waren.

Ein weiterer Effekt von PFL-EX war, dass auf der Ebene des Landkreises ein „Runder Tisch Digitalisierung“ eingerichtet wurde, zusätzlich zu den regulären drei Arbeitskreisen „Gesundheitsversorgung“, „Pflege, Palliativversorgung und Hospiz“ sowie „Vorsorge und Prävention“ der sog. „Gesundheitsregion^{plus}“ des Landkreises. Aufgabe der Kommunalpolitiker:innen in den Kreisgremien muss jetzt sein, der Gestaltungshoheit des Vertreters des Krankenhauses, der vom Landrat der Einfachheit halber als Leiter des Runden Tisches eingesetzt wurde, etwas entgegenzusetzen, seien es Erfahrungsberichte aus der Praxis, Verbesserungsvorschläge anhand von Beispielen guter Praxis aus anderen Regionen oder durch Ver-



Ein empfehlenswerter Ansatz kann daher sein, die Digitalkompetenz an der Basis zu fördern. ■

gleich mit anderen Technologien. Das betrifft u.a. die Ausgestaltung des Entlassmanagements mit Hilfe einschlägiger Plattformen zur Suche freier Pflegeplätze, aber auch digitale Krankenakten oder die Digitalisierung von Arztbriefen. Gut beratene Bürgermeister:innen und andere Kommunalpolitiker:innen wissen, dass Krankenhauskonzerne mit ihren individuellen digitalen Angeboten andere Interessen verfolgen als die Gematik oder die Krankenkassen.

Jetzt kommen wir zum zentralen Dilemma: Kommunen können sich in der Regel nur dann gut beraten lassen, wenn sie es sich auch finanziell leisten können. Die Kommunen, die gute Beratung am nötigsten haben, weil sie in ländlich geprägten und oft strukturschwachen Regionen liegen, stehen oft unter Haushaltsaufsicht und dürfen kein Geld für freiwillige Leistungen ausgeben. Da aber die Gesund-

heitsversorgung keine kommunale Pflichtaufgabe ist, dürfen arme Kommunen keine Beratungshonorare für dieses Aufgabengebiet übernehmen. Aber Lösung naht!

„Problem erkannt, Gefahr gebannt“, mit dem alten Feuerwehrspruch könnte man die große Förderstrategie *Regionen gestalten* des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) zusammenfassen. Unter diesem Dach hilft die neue Förderinitiative „Heimat 2.0“ Kommunen in ländlichen und strukturschwachen Regionen, ihre digitalen Angebote auszubauen und zu vernetzen. Seit Dezember 2020 werden Städte und Gemeinden, auf die diese Kriterien zutreffen, gefördert, um durch Digitalisierung die Lebensqualität der Bevölkerung voranzutreiben, die zur Verbesserung der Lebensqualität die Digitalisierung vorantreiben wollen, ohne dass sie die sonst üblichen hohen Anteile Eigen-

beteiligung nachweisen müssen. (<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2020/11/foerderung-strukturschwache-regionen.html>)

Im Spektrum der zwölf bundesweit zur Förderung ausgewählten Projekte gibt es mit Höxter, Vechta und Netphen drei Kommunen, die mit ihren Ansätzen die Digitalisierung im Bereich Pflege und Gesundheit voranbringen wollen. Netphen ist mit „LOKAL-digital – smartes Wissensmanagement für Wohnen, Pflege und Gesundheit“ die einzige Kommune, die ihren Schwerpunkt auf das Themenfeld „Bildung, Qualifizierung und digitale Kompetenzen“ legt. Hier steht also nicht eine konkrete Technologie oder Nutzer:innengruppe im Fokus, sondern eher der gemeinsame Entwicklungsprozess und die gemeinsame Stärkung der Digitalkompetenz. Digitalisierung soll dabei idealerweise zur besseren Kooperation von bislang eher voneinander getrennt arbeitenden Branchen und Zuständigkeiten der Region führen. Das geplante „intelligente Wissensmanagementsystem“ von „LOKAL-digital“ soll die Angebote zivilgesellschaftlicher Beratungsstellen, der Pflegeanbieter, aber auch der Bau- und Wohnungswirtschaft und der kommunalen Verwaltung „smart/lernend“ zusammenführen. Neben Informationen über technische Wohnraumaus- und -umrüstung und AAL-Technologien sowie eHealth und Telemedizin werden dort auch die Kontaktdaten der einschlägigen Beratungsstellen, die einzubeziehenden Expert:innen sowie Förderprogramme (inkl. des gesamten Antragsprozesses) jeweils aktuell vorgehalten. Es wird nicht ausbleiben, dass Vorgaben wie die Telematik-Infrastruktur mit der ePA und der KIM oder digitale Plattformen zur Verwirklichung von Rechten wie dem systematischen Entlassmanagement in den Prozess integriert werden. Natürlich wird die Ärzteschaft der Regi-

on und Vertreter:innen von Kostenträger:innen ebenso zu dem Entwicklungsprozess eingeladen wie die Einrichtungen der Pflege und die Seniorenorganisationen und Selbsthilfegruppen. Dabei werden sie aber auch auf Handwerker :innen und die Vertreter:innen von Wohnungsbaugesellschaften treffen.

Experten wie Prof. Thomas Klie (Ev. Hochschule Freiburg) prognostizieren schon länger, dass neue Aufgaben im Bereich des Sozialen und des Pflegemanagements auf die Kommunen zukommen, weit über die herkömmlichen Einrichtungen wie Pflegestützpunkte hinaus. Datenplattformen, die niederschwellig Informationen für viele soziale Bedarfe vorhalten, zählen dazu.

Im kleineren Rahmen nehmen Projekte wie „LOKAL-digital“ von Netphen also das auf, was – ebenfalls vom BMI gefördert – sehr viel umfangreicher in den „Smart City-Kommunen“ gefördert wird.

Dass es alleine mit der finanziellen Förderung von Glasfaser- und Breitbandausbau nicht getan ist, um in der Fläche Digitalisierung voranzubringen, verstehen auch die Bundesländer. Daher versuchen sie mit Hilfe von Ausschreibungen und Wettbewerben konkrete Anwendungsszenarien zu unterstützen, mit denen eine nachhaltige Entwicklung der Kommunen ermöglicht werden soll. Das heißt es müssen jeweils die Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales berücksichtigt werden, um das Lebensumfeld der Menschen effizienter, lebenswerter, quasi „smarter“ zu machen und um die Lebensqualität für die Menschen zu steigern (<https://www.stmd.bayern.de/themen/wettbewerb-kommunal-digital/>).

Für die Kommunen ist die Teilnahme an solchen Programmen zur Digitalisierung auch deswegen interessant, weil sie ihre Angebote bis 2022 sowieso digital vorhalten müssen, so will es das „Gesetz zur Verbesserung

des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen“ („OZG“, <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/moderne-verwaltung/verwaltungsmmodernisierung/onlinezugangsgesetz/onlinezugangsgesetz-node.html>). Mit Hilfe der externen Finanzierung kann also die Stadt Netphen beispielsweise einen Großteil ihrer sozialen Dienstleistungen online und 24/7 abrufbar machen und hat dabei die Blaupause für weitere Aufgabenbereiche.

Die Projekte der Förderinitiative „Heimat 2.0“ und von „Kommunal digital“ müssen ihren Modellcharakter unter Beweis stellen. Schon in der Antragsstellung, später dann im Projektverlauf und durch die Öffentlichkeitsarbeit muss dargestellt werden, wie andere Kommunen vom geförderten Projekt profitieren, nicht erst nach Veröffentlichung einer abschließenden wissenschaftlichen Evaluierung. Die Prinzipien dieser BMI-Förderprogramme für Kommunen könnten Vorbild sein für andere mit sehr viel Geld finanzierte Projekte, z.B. aus dem Innovationsfonds, dem BMBF oder dem BMG. Die großen Herausforderungen für die Verantwortlichen der Kommunen und das jeweilige Projektmanagementteam in Projekten wie dem der Stadt Netphen liegen darin, die Ärzteschaft mit ins Boot zu holen und dann unter dem Begriff „Heimat 2.0“ eine lösungsorientierte Zusammenarbeit aller beteiligten Berufe und Einrichtungen zu organisieren. Anbieter einschlägiger eHealth- und Telemedizin-Technologien haben beim Bürgermeister bereits angeklopft. ■



■ **CHRISTINE BECKER**

Salutoconsult
Freie Beraterin

Kontakt: c.becker@salutoconsult.de